Pressespiegel = Reflets de presse

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **73 (1982)**

Heft 22

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

men und sie als Menschen achten und für voll nehmen. Und nur so kann es auch erhalten und vertieft werden.

Wie der Ortsmonteur oder der Zählerableser in die Wohnung tritt, wie die Telefonistin und Empfangsdame Beschwerden entgegennimmt, wie die Reparaturequipe ihr «Arbeitsfeld» zurücklässt, wie der Leitungsplaner den Einsprache erhebenden Bürgern und den Behörden gegenüber auftritt, wie der Betriebsleiter sich beim Jubiläumsfest der Presse stellt, Honoratioren begrüsst und die Festansprache hält... *Darauf kommt es in erster Linie an,* und nur auf dieser Grundlage kann die «eigentliche» Öffentlichkeitsarbeit einsetzen und ihre Ziele erreichen. Es gibt aber nichts Gutes, ausser man tut es... *Ro*

l'équipe de réparation quitte son lieu de travail, dont le projetteur des lignes traite les réclamations des citoyens et des autorités, dont le chef d'entreprise se présente à la presse, accueille les hôtes d'honneur et prononce son allocution lors d'un jubilé, etc. *C'est tout cela qui importe en première ligne,* et les activités dans le cadre des relations publiques ne peuvent atteindre leur but que sur cette base. Et dans ce domaine aussi les actes importent plus que les théories. *Ro*

Pressespiegel - Reflets de presse

Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion.

Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

Hasch unterm Brenner

Marihuana setzt die Florida Light and Power Co., Miami, in Strom um. Die Feuerungen ihres Kraftwerks in Port Everglades werden mit Rauschgiftlieferungen der US-amerikanischen Zollverwaltung und der Küstenwache gefüttert. Seit Januar dieses Jahres hat man auf diese Weise bereits 800 t Marihuana vernichtet. An Investitionen im Kraftwerk, um den «Stoff» verbrennen zu können, waren 70 000 US-Dollar (1 Dollar zurzeit etwa Fr. 2.20) nötig.

Eingespart hat man bisher 250 000 Dollar, da die vorher übliche Prozedur zur Beseitigung des Rauschgifts - langer Transport in Lastwagen mit starker Bewachung zu Privatunternehmen, die für die Vernichtung 400 Dollar pro Tonne berechneten - entfällt. Freilich ersetzt das Marihuana nicht gleich für eine Viertelmillion Dollar Öl oder Gas. Eine Tonne der Substanz bringt etwa die gleiche Heizenergie wie 2,7 Barrel Öl.

Bei der Verbrennung konnte bisher kein spezielles Aroma in der Umgebung festgestellt werden. Der Zoll ist von der Neuerung so begeistert, dass künftig zwei weitere Kraftwerke mit Rauschgift beliefert werden sollen.

«Zeitung für kommunale Wirtschaft», München, 10. September 1982

Atomare Haftung

mrs. - Die Debatte über das neue Kernenergie-Haftpflichtgesetz im Nationalrat zeigt einmal mehr, dass in Sicherheitsfragen hierzulande nicht gekleckert, sondern geklotzt wird und der Schutz der Bevölkerung den höchsten Stellenwert einnimmt. Wo es um Menschen geht, müssen finanzielle Überlegungen oder versicherungspolitische Grundsätze zurücktreten. Private Versicherungen der Inhaber von Kernenergieanlagen haften bis 300 Millionen, bis zu 1 Milliarde gilt eine staatliche Versicherung des Bundes, und für Schäden, die darüber hinausgehen, trifft der Bund eine besondere Entschädigungsordnung.

Den besten Schutz stellen aber nach wie vor die Sicherheitsmassnahmen in den Kernenergieanlagen dar, weil wir einen atomaren Schaden gar nicht in Kauf nehmen dürfen. In dieser Beziehung wird in der Schweiz alles unternommen, um eine optimale Sicherheit zu gewährleisten. Manchmal erhält man indessen den Eindruck, dass die amerikanische Schludrigkeit und der mangelden Ausbildungsgrad des Personals, die für den Unfall von Three Mile Island verantwortlich waren, weltweit eine geradezu manische Angst vor der Atomenergie geschürt haben. In diesem Klima, das auch bei den KKW-Betreibern ernst genommen wird, ist ein voll ausgebautes Kernenergie-Haftpflichtgesetz nicht nur materiell, sondern auch psychologisch ein Gebot der Stunde.

Bleibt die Frage, wie nun die Rechtsgleichheit wiederhergestellt werden soll, denn Kernenergieanlagen sind heute Gegenstand eines Versicherungsschutzes wie er bei keinem anderen Energieträger existiert. Und doch haben wir im Kanton Solothurn und sogar in Olten selbst zum Beispiel Gasunfälle erlebt, die Menschenleben kosteten oder wenigstens in unzumutbarer Weise gefährdeten, ohne dass von verstärktem Versicherungsschutz die Rede war. Das Gleiche gilt für die Wasserkraftwerke, vorab für die Stauseen: der Schutz beim Bruch einer Staumauer ist im Vergleich zu jenem bei Kernenergieanlagen wesentlich niedriger.

Es liegt auf der Hand, dass auch die Opfer solcher Katastrophen nicht allein stünden, sondern von einer Welle von Mitgefühl getragen würden. Daran besteht bei der gesunden sozialen Mentalität unseres Volkes überhaupt kein Zweifel. Aber der juristische Schönheitsfehler bleibt bestehen. Kann er mit dem blossen Hinweis auf die «besondere Art» der Kernenergie überbrückt werden?

Wir meinen: Es gilt dort zu wehren, wo die meisten Bedenken bestehen, und das ist nun zweifellos geschehen. Es ist tröstlich festzustellen, dass auch in den eidgenössischen Räten Gefühle und Ängste einen hohen Stellenwert einnehmen und sogar die gesetzliche Ebene beeinflussen. Man sollte meinen, dass sich nun auch im Volk eine gewisse Beruhigung einstellt, geht es doch um einen Energieträger, der vorläufig unverzichtbar ist. Wie die Zukunft aussieht, ist allerdings ungewiss, denn auch die Kernenergie kämpft mit einem Preisproblem, das ihr Grenzen setzt. Die Erforschung weiterer Energieträger ist und bleibt deshalb eine vorrangige Pflicht von Wirtschaft und Bund. Gerade in dieser Frage wären wir für vermehrten Einsatz dankbar.

«Oltner Tagblatt», Olten, 7. Oktober 1982

Ein paar Merkwürdigkeiten

Mit ihrem Kernenergiehaftpflichtgesetz erhält die Schweiz eine der im internationalen Vergleich strengsten Normen für die versicherungsrechtliche Regelung von Schäden im Falle eines Unfalls im Zusammenhang mit nuklearer Energieerzeugung. Die massive Erhöhung der Schadenfallsummen, die juristische Klärung der Verantwortlichkeiten und des Versicherungsumfangs beseitigen in der Tat schon lange festgestellte Mängel und sind daher zu begrüssen. Ganz frei von Merkwürdigkeiten ist die ganze Regelung, die jetzt der Nationalrat als zweite Kammer zu beschliessen im Begriffe ist, dennoch nicht.

Die parlamentarische Kernenergiehaftpflicht-Prozedur passt - auch wenn das kaum mehr auffällt - perfekt zu einer heute vorherrschenden Tendenz: Die nukleare Energiegewinnung wird politisch als absoluter Sonderfall behandelt, als unvergleichliches, mit diffusen Gefahren verbundenes Phänomen. Unbestreitbar ist zwar, dass der Kernenergie Risiken innewohnen; Risiken von minimer Wahrscheinlichkeit freilich, sonst wären sie nämlich gar nicht mehr in dem Sinne versicherbar, wie es das Gesetz ja gerade will. Nur: Jedermann weiss - aber die pausenlose Konzentration auf mögliche und unmögliche atomare Bedrohungen hat wohl den

Horizont verstellt –, dass wir seit längerem auch mit anderen «Grossrisiken», die uns die Technik nebst Annehmlichkeiten beschert hat, zu leben haben (von den Risiken, die die Natur bereithält, gar nicht zu reden). Es blieb Vertretern des Gebirgskantons Wallis im Parlament vorbehalten, an die potentielle Gefährdung einer Bevölkerung zu erinnern, die unterhalb von Staumauern wohnt – ohne grosses «Geklöne», obwohl Dammbruch-Katastrophen im Unterschied zu KKW-Desastern nicht in den Bereich der Fiktion gehören. Wenn künftig jemand auch ein Wasserkraft-Haftpflichtgesetz fordert, wird man ein solches Begehren logischerweise kaum zurückweisen können. Und wahrscheinlich auch nicht einen besseren Versicherungsschutz bei Giftunfällen der chemischen Industrie oder bei Grossbränden von Raffinerien oder, oder... Durchaus möglich, dass das Kernenergiehaftpflichtgesetz, als Präzedenzfall, seine noch nicht abzuschätzenden Folgen haben könnte. Das spricht nicht gegen das Gesetz, sollte aber in der Gesamtbeurteilung auch nicht vergessen werden.

Keine Illusionen wird man sich über eines machen dürfen: Zu einer Versachlichung der Kernenergiediskussion wird auch diese verbesserte KKW-Versicherungsregelung nicht führen. Das ging schon aus früheren Auseinandersetzungen hervor, und das zeigte sich in der Nationalratsdebatte aufs neue: Solange die Kernenergiehaftpflicht ungenügend war, konnte über die «kneifende Atomlobby» hergezogen werden; angesichts von Versicherungspflichten in Milliardenhöhe werden die eingefleischten Gegner erst recht mit Horrorgeschichten über die Gefährlichkeit von KKW durch die Lande ziehen. Man wird sich damit abzufinden haben. *Theo Kunz*

«Aargauer Tagblatt», Aarau, 6. Oktober 1982

Nagra-Bohrturm in Böttstein erstellt

Im aargauischen Böttstein ist am 4. Oktober 1982 im Auftrag der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) der Turm der Bohranlage aufgerichtet worden, mit welcher die erste der zwölf Sondierbohrungen in der Nordschweiz abgeteuft werden soll. Das Sondierprogramm der Nagra dient der Untersuchung der von Sedimentschichten überlagerten Gesteinsformationen auf ihre Eignung zur Aufnahme eines Endlagers für starkradioaktive Abfälle. Ein solches Endlager wird in der Schweiz voraussichtlich ab dem Jahr 2020 benötigt.

Neben dem Bohrturm von 44 m Höhe umfasst die Bohranlage namentlich Drehtisch und Hebewerk sowie schallarme elektrische Antriebsaggregate und Pumpen. Die Sondierbohrung in Böttstein wird auf etwa 1450 m abgeteuft, davon rund 1000 m im kristallinen Grundgestein. Bereits abgeschlossen sind die umfassenden Vorkehren für Gewässer- und Lärmschutz. Um das Grundwasser vor dem Einsickern von Schadstoffen zu schützen, wurde das gesamte Bohrgelände mit einer Bitumenkiesschicht abgedichtet. Anfallendes Wasser passiert einen Sand- und Ölabscheider und wird in einem Auffangbecken gesammelt. Ferner ist die Verrohrung des Bohrlochs vorgesehen. Dem Schutz der Umgebung vor Lärmimmissionen dienen namentlich die Absenkung des Bohrgeländes, Erdwälle und Lärmschutzwände, der Einsatz elektrischer Aggregate sowie eine zusätzliche Schallisolation am Bohrgerät.

Die Bohrarbeiten in Böttstein werden in wenigen Tagen aufgenommen und sollen rund sechs Monate dauern. Die Bohrung wird ein umfangreiches Mess- und Versuchsprogramm ermöglichen, welches nach Abschluss der eigentlichen Bohrarbeiten noch während einiger Zeit weitergeführt wird. Anschliessend wird das Bohrloch wieder aufgefüllt und der Bohrplatz in den ursprünglichen Zustand zurückgeführt.

«Schweizer Baublatt», Rüschlikon, 12. Oktober 1982

La Suisse romande sur le chemin de la dépendance

Selon toute probabilité, nous ne manquerons pas de courant électrique durant l'hiver qui vient. Une affirmation assortie cependant de plusieurs points d'interrogation, comme le soulignaient M. J. Ducret, président, et ses trois directeurs, MM. Ch. Babaiantz, J. Remondeulaz et A. Colomb, lors d'une conférence de presse tenue dans son centre d'exploitation et de gestion, à Lausanne. On ne peut en dire autant des hivers suivants. En effet, le programme de réalisation des nouveaux moyens de production a été et est encore fortement contrarié par des oppositions de toutes natures, parfois contradictoires et qui visent aussi bien des sources de production d'énergie hydroélectrique et d'énergie thermique et, en particulier, d'énergie nucléaire.

Le pronostic plutôt favorable pour les mois à venir doit être tempéré par le fait qu'EOS ne pourra produire dans ses propres installations que 64% du courant qu'elle devra livrer à ses actionnaires preneurs d'énergie: en gros, les cantons de Genève, Vaud et Fribourg. Le solde de 36% sera acquis en Italie, en France et en Suisse alémanique, respectivement 13%, 44% et 43%. Les achats de courant en dehors de la Suisse romande représentent sur l'année entière quelque cent millions de francs, c'est donc une somme appréciable qui n'est pas investie chez nous mais sous d'autres cieux. Ce qui revient à dire qu'EOS perd graduellement la maîtrise directe de son approvisionnement en électricité et que ses réserves, pour parer à une mauvaise hydrolicité, manquent totalement. Cette situation résulte du blocage existant actuellement envers la construction des nouvelles centrales de production, notamment envers la construction de centrales nucléaires – Vert-Bois entre autres.

Alors on peut se demander «pourquoi la Suisse exporte-t-elle»? Il s'agit de l'excédent d'été, la saison d'hiver étant la saison critique.

Autre sujet de préoccupation: le projet de transformation de l'artère Genève – Romanel – Yverdon, construite il y a quelque 50 ans et de sa prolongation sur un nouveau tracé jusqu'à Galmiz. Cette artère, dont la capacité de transport maximale est aujourd'hui atteinte, contribue à alimenter toute la partie ouest du canton de Vaud, ainsi que le canton de Genève, soit au total quelque 500 000 personnes, sans parler des habitants de certaines régions du nord de la Suisse romande. Cette ligne doit être remplacée par une ligne à 380 000 volts pour assurer l'approvisionnement futur de ces consommateurs. Or, les autorisations n'ont toujours pas été accordées, l'Administration fédérale temporise sans raison valable, freinée par des oppositions écologiques totalement infondées.

Ainsi, la situation génerale en Suisse romande, tant sur le plan de la production que du transport de courant, est délicate. Elle ne peut que se dégrader au fil des années, dans la mesure même où la consommation d'électricité des cantons romands continuera à croître (plus 4% l'hiver dernier). Elle ne pourra pas s'éterniser. Aujourd'hui déjà, la Suisse romande paie son courant électrique à un prix moyen plus élevé que dans des régions semblables de Suisse alémanique, qui se sont équipées de nouvelles centrales nucléaires ou autres. Ce qui aujourd'hui n'est qu'un handicap économique pourra conduire à la longue à un approvisionnement défaillant.

En résumé, un tour d'horizon qui montre que notre approvisionnement en électricité pour l'hiver prochain est satisfaisant, mais il permet aussi de constater que maintenant déjà, EOS doit acheter hors de Suisse romande une part importante de l'électricité dont elle a besoin. Et ce, malgré que l'exercice écoulé révèle, par exemple, qu'il est le sixième de suite à bénéficier d'une hydrolicité supérieure à la moyenne. Il peut même être qualifié d'exceptionnel. Par exemple, l'aménagement de la Grande-Dixence a récolté 1,5 fois plus d'eau qu'en moyenne et 2,2 fois plus que la récolte minimum de l'été 1968. La différence entre ce minimum et le maximum atteint cet été se monte à 1,25 milliard de kWh, ce qui correspond environ à la consommation annuelle d'électricité d'une ville de la taille de Genève.

«La Suisse romande a besoin de produire plus d'électricité, devaient conclure les orateurs. Et ce qui, aujourd'hui, n'est qu'un handicap économique pourrait conduire à la longue à un approvisionnement défaillant. Le moment est bientôt venu où il faudra décider en Suisse romande si les conséquences de l'implantation d'une centrale nucléaire sont plus favorables ou défavorables que celles d'un manque d'électricité.» *Simone Volet*

«Nouvelliste et Feuille d'Avis du Valais», Sion, le 13 octobre 1982